

»Der Präsident soll die ganze Uni repräsentieren«

Studierende und Mitarbeitende der TU Berlin wollen im Erweiterten Akademischen Senat die Stimmen anders gewichten. Gespräch mit Benjamin Bisping

Interview: Gitta Düperthal



Foto: TU Berlin/PR/Jacek Ruta

Benjamin Bisping ist studentisches Mitglied des Kuratoriums der Technischen Universität (TU) Berlin

Die Listen der »Professor_innen in der Reformfraktion« und des »Breiten Linken Bündnisses«, einer Koordination studentischer Initiativen, haben kürzlich einen Antrag in den Akademischen Senat und den erweiterten Akademischen Senat, EAS, der TU Berlin eingebracht, der mehr Mitbestimmung möglich machen soll. Gefordert ist »Viertelparität«, also Gleichverteilung der Stimmen auf Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeitende, sonstige Mitarbeitende und Studierende. Wieso fordern Sie nicht die Hälfte des Himmels?

Zunächst: Eingebracht hat den Antrag Franz-Josef Schmitt, Mitglied im EAS für die Mittelbauinitiative. Klar könnte ich mir mehr vorstellen. Aktuell gilt: Eine Professorenstimme hat das Gewicht der Stimmen von 150 Studierenden. Hätten wir die Viertelparität durchgesetzt, wäre das Verhältnis eins zu 50 – was immer noch sehr wenig ist. Der Antrag wirkt auf einen Kompromiss hin.

Wirklich bescheiden von den Studierenden.

Es ist nicht der ganz große Wurf; eher eine Formsache. Wir hatten am 15. Mai 2013 schon jene neue Grundordnung mit der Viertelparität für den EAS verabschiedet. Damals hatte der Präsident Jörg Steinbach unseren Beschluss einfach von oben wieder gekippt. Was er zu spüren bekam: Er wurde 2014 abgewählt. Vermutlich wird also sein Nachfolger, Christian Thomsen, diesen Fehler nicht machen. Zu hoffen ist, dass er und die Senatsverwaltung unseren Beschluss mittragen. Es gibt Zusagen, dass sie wohlwollend reagieren werden.

Wieso hatte Steinbach den Beschluss damals für ungültig erklärt?

Er hatte behauptet, eine Viertelparität im EAS verstoße gegen Artikel 5, Absatz 3 Grundgesetz, der die Freiheit von Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre festschreibt. Gemeint ist da nach unserer Auffassung die Freiheit der Wissenschaft von Eingriffen des Staates – nicht der Schutz vor Mitsprache von Studierenden, sonstigen und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen.

Professor Holger Burckhart von der Universität Siegen, sagt, Angehörige der Uni mit mehr Stimmrechten würden sich stärker mit ihr identifizieren. Geht es wirklich nur um

Zusammengehörigkeitsgefühl – oder darum, mehr Einfluss auf Studieninhalte oder Finanzen für gesellschaftlich wichtige Forschung zu erhalten?

Die Viertelparität ist nur für den Erweiterten Akademischen Senat gefordert, der kaum einflussreich ist. Insofern ist es mehr eine Stilfrage: Der EAS kann die Grundordnung verabschieden, also die Verfassung der Universität, und alle vier Jahre einen neuen Präsidenten wählen. Studiengänge inhaltlich zu gestalten, fällt nicht in seine Kompetenz. Es geht dennoch um Demokratisierung. Der Präsident soll nicht nur einer der Professoren sein, sondern die ganze Universität repräsentieren. Wer immer es werden möchte, muss dann auch um Stimmen von Studierenden, wissenschaftlichen und sonstigen Mitarbeitern kämpfen. Somit verschiebt sich alles: Auch die Programme werden anders aussehen.

Glauben Sie also, eine Wende ist möglich?

Hauptsächlich geht es um die Symbolwirkung: Die TU geht den Weg, dass andere Statusgruppen stärkere Mitbestimmungsrechte erhalten. Weder auf Studieninhalte wirkt sich die Änderung aus, noch werden Studierende größeren Einfluss bei der Berufung von Professorinnen und Professoren haben.

Um kritische Inhalte in der Hochschule zu befördern, müssten Sie also noch weitere Schritte gehen?

Nun, hierzulande liegt viel im argen. Es gibt ein System von Lehre, das die Professoren wie kleine Götter erscheinen lässt. Es ist nicht einzusehen, dass sie eine solch abgehobene Stellung einnehmen. Mittlerweile leisten an der TU studentische Lehrkräfte in Forschung und Tutorien mehr als doppelt so viele Stunden wie sie. Professoren aber nehmen seit Jahrzehnten die Hälfte der Stimmen ein, obgleich ihre Zahl ständig reduziert wird. Wir müssen die Entwicklung stoppen, dass eine kleiner werdende Gruppe stetig mehr Gewicht erhält.

Es klingt fast, als hätten sie sich abgefunden, kleine Brötchen zu backen ...

Stimmt. Wir sagen nur: Hey Leute, lasst uns jetzt beschließen, was wir 2013 schon beschlossen hatten, ohne dass ein Präsident daherkommt und den Beschluss wieder aufhebt. Alle im Wissenschaftsbetrieb müssen Macht haben.

<https://www.jungewelt.de/2016/06-14/066.php>

Ausgabe vom 14.06.2016 / Seite 5 / Inland

Ramelow knickt ein

Thüringens Ministerpräsident will für Verlängerung der Exzellenzinitiative stimmen. Bisher hält nur Hamburg dagegen

Von Simon Zeise



Hightech an Thüringens Universitäten würde Bodo Ramelow gefallen.
Für die Eliteförderung muss sich Die Linke jedoch ihrer Prinzipien entledigen Foto: Candy Welz/dpa

Die »Exzellenzinitiative« steht mehr und mehr in der Kritik. Am 16. Juni soll die Fortsetzung des Hochschulpakts in Höhe von fast fünf Milliarden Euro auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 16. Juni in Bremen abgestimmt werden. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will der Zeremonie beiwohnen.

Dabei ist Einstimmigkeit unter den Länderchefs nötig. Doch das erste Land schert aus. Hamburg will nicht mitmachen. Die Chancengleichheit zwischen den Hochschulen sei in der bisher geplanten Vereinbarung von Bund und Ländern weiterhin nicht ausreichend berücksichtigt, sagte Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank (Grüne) dem *Tagesspiegel* am Donnerstag. Es könne zu einer Zwei-Klassen-Hochschullandschaft kommen. »Das wäre weder leistungsfördernd noch fair.«

Das Veto scheint berechtigt. Denn auch eine offizielle Auswertung bescheinigt der Exzellenzinitiative schlechte Noten. Ende Januar hatte eine Kommission unter dem Vorsitz des Schweizer Physikers Dieter Imboden die Mängel des Hochschulinvestitionsprogramms aufgezählt. Imboden bemängelte, dass sich »die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses – inklusive der Beteiligung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb insgesamt nicht nennenswert verbessert« habe. Die hohe Zahl befristeter Anstellungen sei »problematisch«. Es sei »nicht ganz frei von Zynismus«, dass sich viele junge Menschen darauf einließen, in der Hoffnung auf eine akademische Karriere »die produktivsten Jahre ihres Lebens auf schlecht bezahlten und befristeten Stellen zu verbringen«. Es gebe sogar »Hinweise darauf, dass sich Frauen durch solche Bedingungen leichter von einer wissenschaftlichen Karriere abschrecken lassen als Männer«. Die Exzellenzinitiative habe diese Probleme nicht gelöst, sondern im Gegenteil »sogar kontraproduktiv« gewirkt.

Auch die Studienbedingungen scheinen nicht verbessert worden zu sein. Gerade mal vier von zehn Studenten an deutschen Hochschulen erreichen ihren Abschluss innerhalb der sogenannten Regelstudienzeit, teilte das Statistische Bundesamt am vergangenen Dienstag mit. Der Dachverband der Studierendenvertretungen fzs sprach von einem »Sanktionsinstrument« und »Studienabbruchprogramm«. Gegenüber dpa erklärte Vorstandsmitglied Ben Seel: »Mit den aktuellen Zahlen kann von Regel keine Rede sein, wenn 60 Prozent der Studierenden mehr als die offiziell ausgewiesene Regelstudienzeit brauchen.« Eine von Wissenschaftlern initiierte Petition gegen die Exzellenzinitiative wird bereits von 2.800 Unterzeichnern getragen.

Auch die Linksfraktion im Bundestag lehnt die Fortführung der Exzellenzinitiative ab. Die hochschulpolitische Sprecherin, Nicole Gohlke, erklärte gegenüber *jW*: »Trotz zahlreicher Belege, dass die Exzellenzinitiative eine Zunahme von befristeten Beschäftigungsverhältnissen, eine Verschlechterung von Studienbedingungen sowie eine zunehmende Spaltung in der Hochschullandschaft bedeutet, hält die Bundesregierung an der Eliteförderung fest.« Die Linksfraktion fordere statt dessen den Einstieg in eine bedarfsgerechte und verlässliche Grundfinanzierung. »Nur so können gute Arbeits- und Lernbedingungen für alle Studentinnen und Studenten sowie Lehrkräfte ermöglicht werden«, erklärte Gohlke.

Der Protest hat an Schwung gewonnen. Auch wenn Hamburgs Ministerpräsident Olaf Scholz (SPD) doch noch umschwenken sollte, könnte Thüringens linker Ministerpräsident Bodo Ramelow gegen die Verlängerung der Exzellenzinitiative stimmen. Immerhin hatte der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Christian Schaft, anlässlich des Imboden-Berichts erklärt, es bleibe »unverständlich, warum eine Fortführung der Exzellenzinitiative in Betracht gezogen wird, ohne grundlegende Änderungen zugunsten einer breit angelegten Forschungsförderung und nachhaltigen Grundfinanzierung zu diskutieren«. Die wesentlichen Probleme würden auch in der kommenden Förderperiode kaum behoben und »führen weiter zu einer stark einseitigen und zentralisierten Förderung weniger Wissenschaftsstandorte«, kritisierte Schaft.

Doch wenn es ernst wird, zieht Ramelow zurück. Sein Regierungssprecher, Günter Kolodziej, erklärte gegenüber *jW*: »Thüringen wird nach heutigem Stand der Fortführung zustimmen.« Die Landesregierung behalte sich aber eine »Protokollerklärung« vor, in der »Bedenken hinsichtlich einer gerechten Verteilung der Mittel zum Ausdruck gebracht werden«. Da werden der Bundeskanzlerin am 16. Juni aber die Knie schlottern.